



**Medizinischer Dienst
Niedersachsen**

Vertrag

**Thema: Beauftragung externer
Gutachterfirmen
(DRG - Abrechnungsprüfungen)
Lfd. Nr.: 300.253**

Dieses Dokument muss nicht zur Angebotsabgabe eingereicht werden.

Dieses Dokument wird bei Zuschlagserteilung Vertragsbestandteil.

Vertrag

zwischen

Medizinischer Dienst Niedersachsen

Hildesheimer Straße 202

30519 Hannover

vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden und Leitenden Arzt Herrn Dr. Jan Liebeneiner (MaHM)

- im Folgenden „Auftraggeber“ genannt -

und

[...]

vertreten durch ...

- im Folgenden „Gutachterdienst“ oder „Auftragnehmer“ genannt -

§ 1

Vertragsverhältnis

1. Der Auftragnehmer wird mit Wirkung vom 01.07.2026 bis 31.12.2026 für den Auftraggeber als Gutachterdienst tätig.
2. Beide Vertragspartner sind sich darüber einig, dass es sich bei der Tätigkeit zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag um eine freie Gutachtertätigkeit handelt. Ein Anstellungsverhältnis entsteht nicht. Es kann auch kein Anspruch auf Anstellung aus dieser Tätigkeit hergeleitet werden. Für die steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Belange hat der Gutachterdienst selbst Sorge zu tragen. Vom Auftraggeber werden keinerlei Steuern, Sozialabgaben oder sonstige Versicherungen abgeführt. Die pünktliche Abführung der auf das Honorar zu entrichtenden Steuern (insbesondere Einkommensteuer) obliegt dem Gutachterdienst.
3. Der Gutachterdienst führt die Leistung in eigener Verantwortung aus. Für die Abarbeitung der Aufträge hat der Gutachterdienst qualifiziertes Personal einzusetzen. Das Personal ist namentlich zu benennen. Für die Gutachtenerstellung sind endverantwortlich nur Ärzte/Ärztinnen einzusetzen, zur Vorbereitung der Gutachten können Kodierfachkräfte eingesetzt werden. Der Gutachterdienst hat die ausreichende Qualifikation seiner Mitarbeiter nach Maßgabe der „Externe Gutachter-Richtlinie Krankenversicherung“ sicherzustellen.



Der Gutachterdienst hat dem Auftraggeber die Qualifikation des Personals auf Anforderung vollumfänglich (insbesondere Approbationsurkunden, Nachweis über Facharzttitel u.a.) nachzuweisen. Seine Verantwortung für den Gutachteninhalt bleibt davon unberührt. Arbeitszeit und Arbeitsort werden, soweit nicht durch die Eigenart des Auftrags vorgegeben, vom Gutachterdienst selbstständig bestimmt. Weisungen dürfen weder bezüglich des Inhalts der Arbeit noch bezüglich des Arbeitsortes und der Arbeitszeit gegeben werden. Der Gutachterdienst organisiert ebenso den Arbeitsablauf selbstständig. Gegenüber den Beschäftigten des Auftraggebers hat der Gutachterdienst keine Weisungsbefugnis.

4. Der Gutachterdienst führt die Tätigkeiten außerhalb der Geschäftsräume des Auftraggebers aus.
5. Dem Gutachterdienst ist es untersagt, in Wort und Schrift den Anschein zu erwecken, dass er beim Medizinischen Dienst Niedersachsen in einem Anstellungsverhältnis beschäftigt ist.

§ 2

Aufgaben des Gutachterdienstes

1. Der Auftraggeber beauftragt den Gutachterdienst mit der kompletten Prüfung von Krankenhausabrechnungen und der Erstellung von entsprechenden Gutachten gemäß Auftrag und Fragen der Krankenkasse. Hierzu zählen insbesondere Abrechnungen nach dem pauschalierenden Vergütungssystem G-DRG (German Diagnosis related groups, „DRG-Abrechnungen“) in einer Größenordnung von 3.000 Begutachtungsaufträgen nach Maßgabe des in den Vergabeunterlagen festgelegten Umfangs.
2. Die verwaltungsmäßige Abwicklung erfolgt nach den vom Auftraggeber geregelten Modalitäten, insbesondere:
 - Direkte Disposition/Übergabe der Aufträge durch den Auftraggeber an die vom Auftragnehmer benannten Kodierfachkräfte in jeweils gleicher Menge
 - Benennung von ärztlichen Gutachtern durch den Auftragnehmer, die durch den Auftraggeber im Auftragsmanagementsystem für jeden Auftrag als Mentoren ausgewählt werden

§ 3

Verfahren

1. Der Auftraggeber erteilt dem Gutachterdienst ein Auftragsvolumen von ca. 500 Aufträgen pro Monat (s. Leistungsbeschreibung). Der Versand erfolgt wöchentlich à ca. 125 Aufträge. Ein Wechsel auf kleinere oder größere Abgabemengen nach Wahl des Auftraggebers ist möglich. Die Übermittlung der Auftragsdaten erfolgt in elektronischer Form. Das Gutachtenformular ist nicht vorausgefüllt. Der Bearbeitungszeitraum pro Einzelauftrag darf 21 Kalendertage ab elektronischer Übermittlung nicht überschreiten. In Einzelfällen ergeben sich aufgrund gesetzlicher Regelungen ggf. kürzere Bearbeitungsfristen, die vom Auftragnehmer einzuhalten sind. In diesen Fällen wird der Auftragnehmer vom Auftraggeber individuell informiert. Bei einer Überschreitung der Abarbeitungszeit wird eine Vertragsstrafe in Höhe von pro Fall und pro Tag der Überschreitung 20 €, max. 5% des geplanten monatlichen Auftragsvolumens verwirkt und vom Auftraggeber dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt.



Bei mehrfacher Überschreitung der Abarbeitungszeit ist der Auftraggeber berechtigt, Gespräche zur Einhaltung der Abarbeitungszeit zu führen. Sollten Überschreitungen der Abarbeitungszeit dauerhaft bestehen, ist der Auftraggeber zur Abmahnung und Kündigung berechtigt.

2. Die Zuweisung der einzelnen Fälle erfolgt durch den Bereich GKV Service des Auftraggebers. Die vom Gutachterdienst erstellten Gutachten werden vom zuständigen Geschäftsbereich entgegengenommen. Bei der Bearbeitung der Gutachten durch Kodierfachkräfte hat die Letztfreigabe (vor Entgegennahme durch den Auftraggeber) durch ärztliches Personal des Gutachterdienstes zu erfolgen.

§ 4 Haftung

1. Eine Haftung des Auftraggebers gegenüber dem Gutachterdienst ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht im Fall vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung durch den Auftraggeber, seine gesetzlichen Vertreter oder seine Erfüllungsgehilfen oder bei der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit.
2. Der Gutachterdienst stellt den Auftraggeber von allen Schäden frei, die in Folge der Gutachtenerstellung auftreten.
3. Der Gutachterdienst ist verpflichtet, eine Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme in Höhe von 500.000,- € für Sach-, Personen- und Vermögensschäden zu unterhalten. Die entsprechenden Versicherungspolizen sind dem Auftraggeber unaufgefordert nachzuweisen.

§ 5 Vergütung

1. Die Höhe der Vergütung beträgt:
[...] € pro vollständigem, mängelfreiem Gutachten zuzüglich Mehrwertsteuer und bemisst sich im Übrigen nach den weiteren Angaben in den Vergabeunterlagen (laut Preisblatt vom.....).

Mit diesem Betrag ist die Beurteilung von Fremdbefunden abgegolten.

Mit dem vereinbarten Honorar sind alle Kosten des Gutachterdienstes (Steuern, Beiträge zur Berufsgenossenschaft, An- und Abfahrt, einschließlich aller Risiken wie Unfall, Krankheit sowie Porto, Telefon, Büromaterial und Versand) abgegolten. Mit der Zahlung der Honorare sind alle Ansprüche des Gutachterdienstes gegenüber dem Auftraggeber aus diesem Vertrag erfüllt.

2. Die Vergütung wird, wenn der Auftrag vollständig abgeschlossen ist, jeweils monatlich durch den Auftraggeber gegen Vorlage einer vom Geschäftsbereich bestätigten Liquidation gezahlt. Die Rechnungsstellung erfolgt halbmontlich. Die Mehrwertsteuer ist auf den Rechnungen auszuweisen. Das Zahlungsziel beträgt 30 Kalendertage.

Die Rechnungen sind vom Auftragnehmer per Mail zu senden an:

rechnung@md-niedersachsen.de
a.ziller@md-niedersachsen.de
m.obeidi@md-niedersachsen.de

Bitte geben Sie folgenden Rechnungsempfänger an:

Medizinischer Dienst Niedersachsen
Geschäftsbereich GKV Stationär
Hildesheimer Str. 202
30519 Hannover

§ 6 Datenschutz

1. Art der Daten und Kategorien betroffener Personen: Gegenstand der Verarbeitung personenbezogener Daten sind folgende Datenarten/-kategorien:

Sozialdaten

Personenstammdaten

Kommunikationsdaten

Vertragsstammdaten (Vertragsbeziehung, Produkt- bzw. Vertragsinteresse)

Vertragsabrechnungs- und Zahlungsdaten

Die Kategorien der durch die Verarbeitung betroffenen Personen umfassen:

Versicherte /Angehörige

Leistungserbringer

Mitarbeiter des Auftraggebers und des Auftragnehmers

2. Auftraggeber und Auftragnehmer haften für den Schaden, der durch eine nicht der DS-GVO entsprechende Verarbeitung verursacht wird gemeinsam im Außenverhältnis gegenüber der jeweiligen betroffenen Person.

a) Der Auftragnehmer haftet ausschließlich für Schäden, die auf einer von ihm durchgeführten Verarbeitung beruhen, bei der er den aus der DS-GVO resultierenden und speziell für Auftragsverarbeiter auferlegten Pflichten nicht nachgekommen ist oder er unter Nichtbeachtung der rechtmäßig erteilten Anweisungen des Auftraggebers handelte oder er gegen die rechtmäßig erteilten Anweisungen des Auftraggebers gehandelt hat.

b) Soweit der Auftraggeber zum Schadensersatz gegenüber dem Betroffenen verpflichtet ist, bleibt ihm der Rückgriff auf den Auftragnehmer vorbehalten. Im Innenverhältnis zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer haftet der Auftragnehmer für den durch eine Verarbeitung verursachten Schaden jedoch nur, wenn er seinen ihm speziell durch die DS-GVO auferlegten Pflichten nicht nachgekommen ist oder unter Nichtbeachtung der rechtmäßig erteilten Anweisungen des Auftraggebers oder gegen diese Anweisungen gehandelt hat.

c) Weitergehende Haftungsansprüche nach den allgemeinen Gesetzen bleiben unberührt.



3. Der Gutachterdienst hat über alle Angelegenheiten, die ihm in seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Dies gilt insbesondere für Sozialdaten (§ 67 Abs. 1 SGB X), die ihm bei der Gutachtenerstellung für den Auftraggeber bekannt werden und deren Geheimhaltung durch gesetzliche Vorschriften oder durch eine Anordnung des Auftraggebers vorgesehen sind. Auch für die Zeit nach Beendigung dieses Vertrages hat der Gutachterdienst Stillschweigen zu bewahren. Darüber hinaus gelten die Datenschutzvorschriften (siehe insbesondere § 203 StGB, SGB, BDSG, LDSGe Niedersachsen und Bremen). Das Vorstehende gilt auch für die von dem Gutachterdienst zur Erfüllung seiner Vertragspflichten eingesetzten Hilfspersonen. Die Einhaltung der Vertragspflichten durch die Hilfspersonen ist von dem Gutachterdienst zu verantworten.
4. Der Gutachterdienst hat alle Schriftstücke und sonstigen Unterlagen einschließlich der gefertigten Aufzeichnungen, die die Erbringung der Dienstleistung betreffen, sorgfältig aufzubewahren, vor jeder Einsichtnahme durch Dritte zu schützen und auf Verlangen jederzeit dem Auftraggeber zu übergeben.
5. Die zur Erstellung der Gutachten überlassenen Unterlagen sind nach Erfüllung des jeweiligen Falles vollständig an den Auftraggeber zurückzugeben. Optional kann der Gutachterdienst auf eigene Kosten die zur Verfügung gestellten Papierunterlagen nach Erfüllung des jeweiligen Falles datenschutzgerecht vernichten. Der Gutachterdienst ist verpflichtet, hierzu einen für die Akten – und Datenvernichtung zertifizierten Anbieter unter Vertrag zu nehmen. Sofern der Gutachterdienst die Vernichtung über einen qualifizierten Anbieter vornehmen lassen sollte, so ist dieser Vorgang zu protokollieren und die dazugehörige Dokumentation dem Auftraggeber vorzulegen.
Die auf CD überlassenen Befundunterlagen sind in jedem Fall an den Auftraggeber zurückzusenden. Der Vertrag ist dem Auftraggeber unverzüglich nach dessen Abschluss nachzuweisen. Auf Datenträgern gespeicherte Sozialdaten sind spätestens 4 Wochen nach Auftragserfüllung vollständig zu löschen.
6. Dem Gutachterdienst ist es untersagt, die Sozialdaten unbefugt, d. h. außerhalb des Vertragsverhältnisses zu verarbeiten oder zu nutzen. Dies gilt auch für die von dem Gutachterdienst zur Erfüllung seiner Vertragspflichten eingesetzten Hilfspersonen. Ihr Verhalten ist von dem Gutachterdienst zu verantworten.

§ 7

Qualität und Qualitätssicherung und Compliance

1. Der Gutachterdienst orientiert seine Fähigkeiten sowie die Fähigkeiten der von ihm eingesetzten Hilfspersonen an den Erkenntnissen der allgemeinen Begutachtungskunde. Er wird sich entsprechend fortbilden. Er hat die Neutralität und Objektivität seiner Mitarbeiter nach Maßgabe der „Externen Gutachter-Richtlinie Krankenversicherung“ sicherzustellen. Als Bearbeitungsgrundlage gelten neben den gesetzlichen Regelwerken und Begutachtungsrichtlinien die im Medizinischen Dienst Niedersachsen angewendeten Qualitätsrichtlinien / Regeln zur Qualitätssicherung. Der Medizinische Dienst Niedersachsen wird zur Überprüfung der Einhaltung der Gutachtenqualität unangekündigt Stichproben erheben und diese durch eigene Gutachter bewerten. Abhängig von diesen Ergebnissen ist der Auftraggeber berechtigt, Gespräche zur Qualitätssicherung zu führen. Der Gutachterdienst ist verpflichtet, einer Einladung des Medizinischen Dienstes Niedersachsen zu einem solchen Qualitätssicherungsgespräch Folge zu

leisten. Bei wiederholter Nichtteilnahme ist der Auftraggeber nach erfolgter Abmahnung zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages berechtigt.

2. Der Gutachterdienst stellt sicher, dass auch die von ihm eingesetzten Hilfspersonen die für deren Hilfstätigkeit nach dem aktuellen Stand des jeweiligen Fachgebietes erforderliche Fachkunde aufweisen.
3. Der Gutachterdienst ist hinsichtlich seiner Gutachtenleistungen zur Gewährleistung verpflichtet. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Nachbesserung eines Gutachtens innerhalb einer vom Auftraggeber festgesetzten Frist auf Kosten des Gutachterdienstes zu verlangen. Erfolgt gegenüber dem Auftraggeber seitens der Krankenkasse eine Folgebeauftragung zu einem bereits abgeschlossenen Auftrag, den der Auftragnehmer bearbeitet hat, so hat der Auftragnehmer in Ermangelung einer Nachbesserungsmöglichkeit am Erstgutachten das Folgegutachten kostenfrei zu erstellen.
4. Ungeachtet der vorstehenden Nachbesserungsverpflichtung ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag bei mehrfachen Qualitätsverstößen nach erfolgter Abmahnung außerordentlich zu kündigen. Von einem Qualitätsverstoß ist auszugehen, wenn ein Gutachten anhand der bekannt gegebenen Prüffragen (Anlage 1 zur Leistungsbeschreibung) schlechter als „C“ bewertet worden ist.
5. Der Auftragnehmer führt die Begutachtungen nach bestem Wissen und Gewissen durch. Die Mitarbeiter des Auftragnehmers sind analog § 275 Absatz 5 SGB V bei der Wahrung ihrer Aufgaben unabhängig und nur ihrem Gewissen verpflichtet. Durch den Auftragnehmer dürfen neben der Tätigkeit beim Auftraggeber keine Dienstleistungen/Beratungen für niedersächsische oder bremische Krankenhäuser oder Krankenhausträger durchgeführt werden. Für andere Auftraggeber kann der Gutachterdienst tätig werden. Durch seine anderweitige Tätigkeit darf jedoch die Tätigkeit für den Auftraggeber nicht beeinträchtigt werden; es dürfen insbesondere keine Interessenkonflikte entstehen. Der Gutachterdienst wird den Auftraggeber unverzüglich unterrichten, wenn er Tätigkeiten ausübt oder übernimmt, die geeignet sein können, dieses Vertragsverhältnis zu beeinträchtigen. Der Auftraggeber ist zu jedem Zeitpunkt berechtigt, Informationen vom Gutachterdienst und dessen Mitarbeitern abzufordern, um die Unabhängigkeit der Begutachtung sicherzustellen.

Hierzu können zählen:

- Die in den letzten drei Jahren ausgeübte Tätigkeit (inklusive Arbeitgeber und Arbeitsort)
- Persönliche und finanzielle Beziehungen zu Unternehmen und deren Patenten, deren Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Begutachtung Anwendung finden.
- Vergütete und nicht-vergütete Beratungstätigkeiten für Unternehmen mit entsprechendem Thema.
- Übernahme von Fort- und Weiterbildungskosten, Reise- und Übernachtungskosten oder Teilnahmegebühren durch ein Unternehmen, dessen Produkt und Leistung begutachtet wird.
- Forschungsgelder (auch Sachmittel), Forschungsgeräte oder organisatorische Unterstützung bei der Durchführung von Studien durch Unternehmen, dessen Produkt oder Leistung begutachtet wird.
- Mögliche immaterielle Interessenkonflikte hinsichtlich der Zugehörigkeit medizinisch-wissenschaftlicher Schulen.

Der Gutachterdienst ist verpflichtet, sich über die Zuverlässigkeit seiner Mitarbeiter auf durch Anforderung eines einfachen Führungszeugnisses zu vergewissern. Er hat dem Auftraggeber die



Führungszeugnisse der jeweils für den Auftraggeber tätigen Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit in Kopie zur Verfügung zu stellen.

6. Sofern sich der Gutachterdienst zur Wahrnehmung seiner Pflichten aus diesem Vertrag Subunternehmern bedienen möchte, so ist dieses Ansinnen dem Auftraggeber mindestens 2 Wochen vor Beauftragung des Subunternehmers anzuzeigen. Der Auftraggeber kann den Subunternehmern aus wichtigem Grund ablehnen. Als wichtiger Grund gilt z. B. die Tätigkeit des Subunternehmers für niedersächsische oder bremische Krankenhäuser oder Krankenhausträger. Eine Beauftragung weiterer Subunternehmer durch den Subunternehmer des Gutachterdienstes ist auszuschließen.

Die Mitarbeiter des Subunternehmers sind in gleicher Weise auf den Datenschutz zu verpflichten wie die Mitarbeiter des Gutachterdienstes.

§ 8 Ausstattung, Software

1. Der Gutachterdienst mit den von ihm eingesetzten Hilfspersonen ist verpflichtet, zur Bearbeitung der Aufträge des Auftraggebers ausschließlich die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Hard- und Software zu nutzen. Ihnen obliegt ein sorgsamer Umgang mit dem Notebook (§ 4 gilt entsprechend). Der Auftraggeber ist für die technische Wartung und einen evtl. notwendigen Ersatz der Geräte zuständig. Vom Gutachterdienst und den von ihm eingesetzten Hilfspersonen dürfen keine selbstständigen Eingriffe bzw. Einstellungen an der Hard- und Software vorgenommen werden. Zur IT-technischen Unterstützung nutzen der Gutachter und die von ihm eingesetzten Hilfspersonen ausschließlich die IT-Hotline des Auftraggebers.
2. Die für die Begutachtung auf dem Notebook installierten und zur Verfügung gestellten Softwareprodukte (Auftragskorb, Gutachtenerstellungssoftware u. a.) sind Eigentum des Auftraggebers. Eine Verwendung der Softwareprodukte für andere, nicht in diesem Vertrag geregelten Zwecke oder andere Auftraggeber, ist nicht erlaubt. Weiterhin ist es nicht statthaft, Informationen über die eingesetzten Softwareprodukte an Dritte weiterzugeben bzw. Softwareprodukte zu kopieren oder zu vervielfältigen.
3. Der Gutachterdienst ist verpflichtet, zur gegenseitigen Kommunikation (Up-/Download der Auftragsdaten, Archiv) einen leistungsfähigen Internetanschluss vorzuhalten und für den Auftraggeber eine E-Mailadresse zu nutzen.
4. Für die Haftung des Auftraggebers bei Mängeln der überlassenen Hard- oder Software gilt § 4 Nr. 1 dieses Vertrages.

§ 9 Nutzungsentgelt

1. Für jedes vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Notebook ist vom Gutachterdienst ein monatliches Nutzungsentgelt zu entrichten. Die Höhe des Nutzungsentgelts wird dem Auftragnehmer separat mitgeteilt. Der Auftraggeber ist berechtigt, jährlich und/oder bei Gerätewechsel das Nutzungsentgelt anzupassen. Das Nutzungsentgelt wird über eine vom Gutachterdienst anzugebende Bankverbindung monatlich vom Auftraggeber eingezogen.



Der Auftraggeber wird in den Rechnungen die Umsatzsteuer für die Leasinggebühren gesondert ausweisen, so dass dem Auftragnehmer der Vorsteuerabzug ermöglicht wird, wenn der Auftragnehmer selbst vorsteuerabzugsberechtigt ist.

2. Bei einer Vertragsauflösung ist der Gutachterdienst verpflichtet, dem Auftraggeber die ihm zur Verfügung gestellte Hard- und Software inkl. Zubehör (gemäß Übergabeprotokoll) umgehend zurückzugeben.

§ 10 Vertragsdauer

Der Vertrag hat eine Vertragsdauer vom 01.07.2026 bis zum 31.12.2026. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass nach Vereinbarung zu diesem Zeitpunkt noch nicht übergebene oder erledigte Aufträge vorbehaltlich der Bearbeitungsfrist gemäß § 3 auch darüber hinaus bearbeitet werden können, bis das gesamte Kontingent erfüllt ist.

Der Auftraggeber ist berechtigt, das Vertragsverhältnis zu denselben Bedingungen bis zum 31.03.2027 zu verlängern. Die Parteien verständigen sich über den Beginn des Verlängerungszeitraums in Abhängigkeit von der Kontingenterledigung der initialen Vertragslaufzeit. Das Gebrauchmachen von der Verlängerungsoption muss dem Auftragnehmer spätestens 1 Monat vor dem jeweiligen Vertragsende in Textform (per E-Mail) angezeigt werden.

Die ersten 3 Monate der Laufzeit werden als Probezeit vereinbart. Ergeben die in dieser Zeit gem. § 7 erhobenen Stichproben, dass Gutachterleistungen in mehreren Fällen nicht entsprechend den vertraglich vereinbarten Qualitätsanforderungen erbracht worden sind, kann der Auftraggeber den Vertrag außerordentlich kündigen.

§ 11 Beendigung des Vertragsverhältnisses

Der Auftraggeber ist berechtigt, das Vertragsverhältnis aus einem wichtigen Grund schriftlich fristlos zu kündigen, wenn Tatsachen entsprechend §§ 2, 3, 6 oder 7 vorliegen. Ungeachtet dessen kann der Auftraggeber den Vertrag gem. § 10 zum 30.09.2026 kündigen, ohne dass es einer Begründung bedarf.

§ 12 Revision und Aufsicht

1. Der Auftraggeber behält sich ein entsprechendes Prüfrecht vor. Hierzu ist es der Revision des Auftraggebers gestattet, die Geschäftsräume des Auftragnehmers jederzeit zu betreten.
2. Der Revision des Auftraggebers obliegt das Recht vom Auftragnehmer die Auskünfte und Unterlagen zu fordern und zu erhalten, die sie für eine Prüfung benötigt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich diesbezüglich zur Mitwirkung.
3. Ein Zugriff auf die elektronische Datenverarbeitung des Auftragnehmers ist, sofern dies die Prüfung der Revision erforderlich macht, einzurichten.

Die Verpflichtung zur regelmäßigen Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Durchführung von Dritten übernommenen Aufgaben ergibt sich aus dem Vertragsverhältnis (§§ 89 Abs. 4, 97 SGB X, die über § 197b SGB V entsprechend anwendbar sind).

§ 13 Übrige Bestimmungen

1. Für diesen Vertrag gelten im Übrigen die Bestimmungen der §§ 631 ff. BGB.
2. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.
3. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Textform.
4. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ungültig sein, so berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen. Ist eine Bestimmung unwirksam oder haben die Parteien einen regelungsbedürftigen Punkt nicht geregelt, soll dieser Vertrag um die Bestimmung ergänzt werden, die die Parteien getroffen hätten, wenn sie die Fehlerhaftigkeit oder das Fehlen der Bestimmung gekannt hätten.
5. Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Hannover.

Auftraggeber:

Auftragnehmer:

Hannover, den _____, den _____

(Name Unternehmen)

(Name Unternehmen)

gez. _____
(Vorname, Name)

gez. _____
(Vorname, Name)